

Haim Ramon **Die politische Landschaft Israels**

**Nach der Zurücknahme der Direktwahl
des Ministerpräsidenten**

Die Abschaffung der Direktwahl des israelischen Ministerpräsidenten sowie die Wiedereinführung der alleinigen Wahl einer Partei blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Wahlverhalten der „Stämme“ Israels, d.h. der hinter den Landesparteien stehenden kulturellen, religiösen und sozialen Gruppen. Standen diese Stämme – die Araber, die Einwanderer und die Ultraorthodoxen ebenso wie die sephardischen bzw. die säkular-ashkenasischen Juden – mehrheitlich lange hinter dem Likud und der Arbeiterpartei, so hat das fehlende Integrationsvermögen dieser Parteien zu einer politischen Frustration vieler Menschen und somit zu einer deutlichen Fragmentierung der israelischen Parteienlandschaft geführt. Hinzu kommt die genannte Wahlreform, die dem Bürger nicht mehr die Identifikation mit einer einzelnen Führungsfigur gestattet, die naturgemäß moderate, für breite Bevölkerungsteile akzeptable Positionen vertritt. Sollen die politischen Führer der Zukunft daher auf die Unterstützung einer möglichst breiten Bevölkerungsmehrheit bauen können, ist die heute in Israel geforderte Fähigkeit die, Brücken zu schlagen – Brücken zwischen Arabern und Juden, zwischen Säkularen und Religiösen, zwischen Einwanderern und Alteingesessenen.

Nach der letzten Ministerpräsidentenwahl im Februar 2001 verabschiedete die Knesset in Israel eine Änderung des Wahlsystems und führte das frühere System wieder ein. Statt getrennter Stimmzettel für die Wahl des Ministerpräsidenten und die Wahl einer politischen Partei werden die Wähler bei den nächsten landesweiten Wahlen, die für den Herbst 2003 vorgesehen sind, wieder nur einen Stimmzettel – für eine politische Partei – erhalten, und der Vorsitzende derjenigen Partei, die sich an die Spitze einer Mehrheitskoalition stellen kann, wird Regierungschef.

■ Die Stämme Israels

Wenn wir in Israel von einer politischen Partei sprechen, meinen wir eher ihre kulturelle, religiöse und soziale Identität als ihre ideologische Identität. In der Tat kann man die Parteien als Repräsentanten von Stämmen sehen, die sich im Laufe der Jahre im Staat Israel entwickelt haben. Dieses Phänomen ist zwar nicht neu, wurde jedoch mit der Zeit ausgeprägter. Bereits in den siebziger Jahren konnte man die beiden größten Stämme identifizieren, als die meisten sephardischen und traditionellen Juden für den Likud, und die meisten säkularen und ashkenasischen Juden für die Arbeiterpartei stimmten. Dies ist ein tief greifendes Phänomen, das über Fragen der Ideologie hinausgeht. Wer in Ramat Aviv für Parteien des rechten Spektrums stimmt, gilt fast schon als Verräter des Stammes, während auf der anderen Seite ein Einwohner des Hatikva-Viertels in Tel Aviv, der die Arbeiterpartei wählt, als Ausnahme gilt.

Während sich dieses Phänomen verstärkte, erschienen eine Reihe zusätzlicher Stämme auf der neuen politischen Landkarte.

Der arabische Stamm

In den ersten Jahrzehnten des Staates erhielten zionistische Parteien und ihre arabischen Ableger 60 bis 70 Prozent der arabischen Stimmen. Heute jedoch ist dieser Anteil minimal mit sinkender Tendenz. Meiner Meinung nach werden bei den nächsten Wahlen alle zionistischen Parteien zusammen höchstens 20 Prozent der arabischen Stimmen erhalten. Diese Situation entstand durch Prozesse innerhalb der Gemeinschaft israelischer Araber, die es vorziehen, für arabische Parteien zu stimmen, aus Gründen, die den Rahmen dieses Überblicks überschreiten.

Der Stamm der Einwanderer

Dies ist ein relativ neuer Stamm, der sich ab 1989 mit der großen Einwanderungswelle bildete, die eine Million Menschen nach Israel brachte, die nun etwa 15 Prozent der Wahlberechtigten stellen. Heute stimmt die Mehrheit der Einwanderer für so genannte russische Partei. Dennoch gibt es beständige Bewegungen von der russischen kulturellen Identität hin zu einer israelischen Identität, obgleich sich dieser Wandel langsamer vollzieht als bei anderen Einwanderergruppen in der Vergangenheit, was mit der Stärke dieser Gruppe zusammenhängt. Versuche von Seiten der russischen Einwanderer aus den frühen siebziger Jahren, eine russische Partei zu gründen, schlugen fehl, und die Einwanderer von damals gliederten sich rasch in das Leben Israels ein. Diesmal jedoch erkannte die Einwanderergemeinde aus der ehemaligen Sowjetunion ihre Stärke und setzte sie ab 1996 in politische Macht um.

Der ultraorthodoxe Stamm

Es handelt sich um einen klar abgegrenzten, stabilen Stamm, der acht bis zehn Prozent der Bevölkerung umfasst, die für ultraorthodoxe Parteien stimmen – ob nun für die Partei Yahadut Hatorah (die derzeitige Konfiguration der historischen Partei Agudat Yisrael) oder für Shas (deren Kern aus sephardischen, ultraorthodoxen Juden besteht.)

Wir wollen die beiden anderen Stämme näher betrachten, die nicht so leicht zu klassifizieren sind. Der *sephardische Stamm* stimmt nicht nur für Shas. Gewöhnlich teilt er seine Stimmen zwischen Shas, die in den letzten Wahlen überwältigenden Zulauf erhielt, und Likud. Allgemein ist dies ein Stamm von erheblicher Größe, der als sephardisch und traditionell bezeichnet werden kann.

Im Gegensatz dazu steht, wie bereits erwähnt, die Mehrheit des *säkular-ashkenasischen Stammes* eher auf der linken Seite des politischen Spektrums, geographisch jedoch findet man Mitglieder der ashkenasischen Gruppe überall in Israel. Der ideologische Kern der Siedler in den [besetzten] Gebieten besteht zum Beispiel überwiegend aus ashkenasischen Juden, obwohl diese Menschen auch religiös sind und für den Likud und Parteien des rechten Spektrums stimmen. Demnach stimmt eine nicht unerhebliche Gruppe aus dem ashkenasischen Stamm für den Likud.

Die Mobilität zwischen diesen fünf Stämmen ist begrenzt, da die Stimmabgabe nicht hauptsächlich aus ideologischen Beweggründen erfolgt. Zum Beispiel zählte man früher Menschen mit politisch rechts gerichteten Ansichten, einschließlich die Befürworter des „ganzen Israel“ (nach Ben-Gurions Definition) zu den Wählern der Arbeiterpartei, weil sich ihre Kultur ursprünglich innerhalb des Stammes der Arbeiterbewegung entwickelt hatte. Man kann seine Ideologie ändern, nicht jedoch seine kulturelle Identität und Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stamm. Das ursprüngliche, auf Parteien basierende Wahlsystem entstand in der Tat in einem für die fünfziger und sechziger Jahre typischen Gedankenzusammenhang, als es tatsächlich nur eine große Partei gab.

■ **Bestimmt wird das Maß des Partikularismus in Israel durch die gesellschaftliche Realität sowie durch die Arroganz der beiden größten Parteien, die es jahrelang nicht vermochten, alle Stämme zu integrieren.**

Bestimmt wird das Maß des Partikularismus in Israel durch die gesellschaftliche Realität sowie durch die Arroganz der beiden größten Parteien, die es jahrelang nicht vermochten, alle Stämme zu integrieren. Daher bleibt eine ashkenasische, überwiegend säkulare Oligarchie bestehen, welche die Einwanderer und die sephardischen Juden nicht beteiligt. So gab es in der Regierung, deren Mitglied ich 1992 war, achtzehn Minister, von denen – nachdem Shas die Regierung verlassen hatte – nur ein einziger nordafrikanischer Abstammung war. Es ist daher kein Wunder,

dass jeder Stamm beschloss, seine eigene Partei zu bilden.

Meiner Meinung nach ist die Diskussion über eine Veränderung des Wahlsystems zur Lösung der verschiedenen Probleme unrealistisch. Partikularismus und die neue politische Landschaft sind nicht das Ergebnis der Abänderung des Wahlsystems, sondern sie sind vielmehr das Ergebnis der sozio-kulturellen Realität im Staat Israel.

In der Tat lebten also die Befürworter der ersten Abänderung des Wahlrechts in einem politischen und gesellschaftlichen Anachronismus. Sie verstanden nicht, dass der Staat Israel heute nicht mehr das ist, was er einmal war. Das Geheimnis zum Erfolg ist heute die Fähigkeit, Brücken zu schlagen zwischen den Stämmen, trotz ihrer gegensätzlichen Interessen – Brücken zwischen Juden und Arabern, säkularen und religiösen, Einwanderern und Alteingesessenen. Das ist die politische Fähigkeit, die heute in Israel benötigt wird.

■ **Ausblick auf die zukünftige politische Landkarte**

Es steht zu erwarten, dass selbst bei einer Rückkehr zum vorherigen Wahlsystem mit einem einzigen Stimmzettel die meisten Einwanderer weiterhin für Einwandererparteien stimmen werden, selbst wenn ihre Stärke um ein oder zwei Mandate abnehmen wird.

Ebenso werden die Ultraorthodoxen und die Araber weiterhin für ihre eigenen Parteien stimmen. Shas könnte von den derzeitigen 17 Parlamentssitzen einige verlieren, doch selbst wenn die Zahl der Mandate sinkt, wird die Macht der Partei zunehmen.

Ich frage meine Kollegen in der Arbeiterpartei, von wo sie einen Stimmenzulauf zur Stärkung der Arbeiterpartei erwarten? Blickt man auf die linke Seite der Landkarte, wird Meretz wohl mehr oder weniger seine Stärke beibehalten. Man sollte nicht vergessen, dass Meretz ihren Höchststand von zwölf Mandaten 1992 erreichte, als das alte System ohne Direktwahl des Ministerpräsidenten noch in Kraft war. Tommy Lapid und die säkulare Shinui-Partei werden stark bleiben, da der Hass auf die Ultraorthodoxen nicht abgenommen, sondern eher zugenommen hat. Der Likud wird im Gegensatz dazu einige Mandate von

■ **Das Geheimnis zum Erfolg ist heute die Fähigkeit, Brücken zu schlagen zwischen den Stämmen, trotz ihrer gegensätzlichen Interessen – Brücken zwischen Juden und Arabern, säkularen und religiösen, Einwanderern und Alteingesessenen. Das ist die politische Fähigkeit, die heute in Israel benötigt wird.**

Shas und den Einwandererparteien übernehmen, und von der Auflösung der Zentrumspartei profitieren, deren Anhänger mehrheitlich Likud-Leute waren.

■ **Zu erwartende Verstärkung der politischen Trennungslinien**

In der Arbeiterpartei fragen sich die Leute, warum wir keine Unterstützung hinzugewinnen und glauben, dass eine Rückkehr zum alten System unsere Position verbessern wird. Im Gegensatz dazu bin ich der Auffassung, dass die jüngste Veränderung des Wahlsystems paradoxerweise zu einer Verstärkung der politischen Spaltungen führen wird, die ein beständiger Faktor in der gesellschaftlichen Realität Israels sind und deren Bedeutung erwartungsgemäß in der Zukunft zunehmen wird.

■ **Die jüngste Veränderung des Wahlsystems wird paradoxerweise zu einer Verstärkung der politischen Spaltungen führen, die ein beständiger Faktor in der gesellschaftlichen Realität Israels sind und deren Bedeutung erwartungsgemäß in der Zukunft zunehmen wird.**

Als Beispiel möchte ich an das genannte „stinkende Manöver“ (ein Begriff, den Yitzhak Rabin prägte) aus dem Jahr 1990 erinnern, als die Arbeiterpartei den Likud aus der Führung der Regierungskoalition verdrängen wollte. In diesem Jahr gab es eine Reihe von feierlichen Abschlüssen von Koalitionsverträgen zwischen Arbeiterpartei und Agudat Yisrael, doch Agudat Yisrael verhandelte weiterhin mit dem Likud, um dort bessere Vertragsbedingungen als mit der Arbeiterpartei herauszuschlagen. Zu jener Zeit war Agudat Yisrael das Zünglein an der Waage: Ihre fünf Mandate, und nicht die allgemeine Öffentlichkeit, bestimmten, wer Ministerpräsident wurde. Im Jahr 1990 kam die Arbeiterpartei zu einem bisher nicht dagewesenen Kapitulationsvertrag. Wir waren bereit, Agudat Yisrael mit Ministerposten, Geld und religiösen Gesetzen zu bezahlen, um die Regierung zu übernehmen.

In den Wahlen, die unter dem neuen System mit zwei Stimmzetteln und der Direktwahl des Ministerpräsidenten abgehalten wurden, war für die Herrschaft zwar ebenfalls ein Preis zu entrichten, doch nicht in solchem Maße. Meiner Meinung nach wird sich mit der Rückkehr zum alten Wahlsystem wiederum ein religiöser Block aus Shas und Yahadut Hatorah bilden, der bestimmen kann, wer Ministerpräsident wird. Obwohl diese Parteien bestimmte Bindungen an die politische Rechte haben, werden sie fähig sein, zwischen beiden Seiten zu manövrieren. Gemeinsam werden sie voraussichtlich 14 oder

15 Mandate erhalten, und der Schlüssel zur Regierung wird in ihren Händen liegen.

Beide Seiten, Rechts wie Links, werden bereit sein, einen hohen Preis für „Frieden“ bzw. für „das ganze Land Israel“ zu bezahlen, je nach ihrer Weltsicht. Mit anderen Worten: Die Realität, auf die wir zusteuern, könnte die Spaltung zwischen den Sektoren noch weiter verstärken.

Im Jahr 1999 wurde Ehud Barak von einer beeindruckenden Mehrheit gewählt, die schlicht vergeudet wurde. Shas war bereit, den Vorsitzenden ihrer Partei zu vertreiben und andere drastische Maßnahmen zu ergreifen, nur um in der Koalition zu bleiben, in dem Bewusstsein, dass der Ministerpräsident nicht von ihrem guten Willen abhängig war.

Daher ist der Wunsch nach Wiederherstellung der Vergangenheit – die Wiedereinführung eines Systems, das für eine andere Gesellschaft richtig war, in dem Gedanken, dass das System die Gesellschaft verändern wird – grundlegend falsch. Es ist kein Zufall, dass die meisten von denen, die die Kampagne zur Änderung des Wahlsystems anführten, entweder Veteranen des politischen Systems oder ihre direkten geistigen Erben waren. Zu ihnen gehören Shimon Peres, Moshe Arens, Yossi Beilin, Uzi Landau und mit ihnen bestimmte politische Wissenschaftler, die nichts von praktischer Politik verstehen.

■ **Direktwahlen waren gut für die Arbeiterpartei**

Zweifellos war das direkte Wahlsystem mit zwei Stimmzetteln gut für die Arbeiterpartei. Obwohl wir nicht bei allen Wahlen gewannen, gab es eine Chance auf den Sieg. Weshalb haben wir dann das System zu unserem Nachteil verändern wollen? In den Wahlen von 1992 kandidierte Rabin gegen Shamir. Der Likud war 15 Jahre an der Macht gewesen, Shamir war erschöpft und müde, und es gab ein allgemeines Gefühl, dass man „genug von der Korruption“ habe. Die politische Rechte war gespalten und hatte Probleme, wohingegen Rabin beeindruckende Referenzen vorzuweisen hatte.

Selbst unter diesen optimalen Bedingungen gewann die Arbeiterpartei nur mit einer Mehrheit von 2000 Stimmen. Auf wundersame Weise gelang es der Arbeiterpartei, einen Mehrheitsblock von 61 Abge-

■ **Beide Seiten, Rechts wie Links, werden bereit sein, einen hohen Preis für „Frieden“ bzw. für „das ganze Land Israel“ zu bezahlen, je nach ihrer Weltsicht. Mit anderen Worten: Die Realität, auf die wir zusteuern, könnte die Spaltung zwischen den Sektoren noch weiter verstärken.**

ordneten zusammenzubringen. All dies geschah, weil die kulturelle Identität der Wähler stärker war als ihre Ideologie. Dieses Phänomen war auch in den Wahlen von 1984 zu beobachten – selbst jene, die fest entschlossen waren, nicht Likud zu wählen, gingen ins Wahllokal und stimmten mit zitternder Hand für den Likud, trotz einer Inflation von 400 Prozent, des Krieges im Libanon und Shamirs als des „grauen“ Ministerpräsidenten an Stelle von Begin.

Was das Wahlverhalten der Einwanderer betrifft, stimmten in den Wahlen von 1999, unter dem System der zwei Stimmzettel, etwa 70 bis 80 Prozent der Einwohner für Einwandererparteien und die Rechten, während der Kandidat der Arbeiterpartei, Barak, fast 60 Prozent der Direktstimmen erhielt.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums scheint es, dass alle religiösen und ultraorthodoxen Knessetabgeordnete rechts stehen, obwohl heute ein Mehrheitsblock mit ihnen gebildet werden kann. Unter dem Direktwahlsystem jedoch änderte sich die Situation. In den Wahlen von 1996 erhielt Peres an die 15 Prozent von Shas-Wählern und fünf Prozent von den Wählern der Nationalreligiösen Partei (NRP), und selbst drei bis vier Prozent der Likud-Wähler stimmten nicht für Netanyahu als Ministerpräsidenten. Man kann also davon ausgehen, dass mit der Wiedereinführung des Systems mit nur einem Stimmzettel die Unterstützung dieser Gruppen für den Kandidaten der Arbeiterpartei gegen Null gehen wird.

Als Shimon Peres 1996 für die Arbeiterpartei kandidierte, war die Frage des Verhältnisses zwischen Religion und Staat kein Thema. 1996 war Shas eine religiöse Partei, die sich selbst nicht als politisch rechts identifizierte. Die Parteispitze unterstützte sogar Shimon Peres. Im Jahr 1999 nahm die Frage nach dem Verhältnis zwischen Religion und Staat eine zentrale Stellung ein und die religiösen Parteien – Shas, NRP und Yahadut Hatorah – boten Netanyahu absolute Unterstützung.

Die Schlussfolgerung hieraus ist, dass unter dem System der Direktwahl die Arbeiterpartei ihr Wählerpotenzial voll ausschöpfen konnte, während im Verhältniswahlrecht, das nun wieder eingeführt wurde, der Kandidat oder die Kandidatin dies nicht tun kann, da sich die Knessetabgeordneten von Anfang

an für einen Kandidaten aussprechen müssen. Daher wird die Arbeiterpartei in den nächsten Wahlen einen Mehrheitsblock erreichen müssen. Die Aussichten dafür sind gering angesichts der Schwierigkeiten, die ich auch unter den optimalen Bedingungen von 1992 erwähnt habe. Die Situation hat sich für die Arbeiterpartei aufgrund der Einwanderung, der demographischen Verhältnisse und natürlich der politischen Lage sogar verschlechtert. Eine Rückkehr zum früheren System ist einer der politisch unklügsten Schritte in der Geschichte der Arbeiterpartei und der Meretz-Partei. Eine große Zahl der Mitglieder verstehen das heute besser als in der Vergangenheit, doch ich finde wenig Trost in der Tatsache, dass ich der einzige in der Arbeiterpartei war, der gegen eine Veränderung stimmte.

■ Der arabische Sektor

Im Jahr 1992 gingen von zehn Mandaten, die der arabische Sektor gewann, zwei an die Parteien des rechten Flügels, doch nicht aufgrund tiefer ideologischer Identität, sondern aus anderen Gründen, darunter jene, die in den Wahlen zur Knesset für die Nationalreligiöse Partei, Shas oder den Likud stimmten. Unter dem Direktwahlsystem, das erstmals 1996 Anwendung fand, erhielt der Kandidat der Arbeiterpartei annähernd 100 Prozent der arabischen Wählerstimmen.

1992 unterzeichneten die arabischen Parteien eine Vereinbarung mit der Arbeiterpartei, die Rabin-Koalition von außen zu unterstützen. Es war dies das erste Mal, (abgesehen von den arabischen Satellitenparteien der fünfziger und sechziger Jahre), dass diese Parteien eine Vereinbarung mit der Regierungskoalition getroffen hatten und Teil der Unterstützung für die Regierung waren, wenn auch nicht formell Teil der Koalition. Im Gegensatz dazu kann man davon ausgehen, dass die heutige Entfremdung des arabischen Sektors sich in der Zukunft weiter verschlimmern wird. Die Araber werden weiterhin Teil jedes Oppositionsblockes gegen den Likud sein, doch aufgrund der zunehmenden Radikalisierung wird es sehr schwierig sein, sie als Block, der die Arbeiterpartei stützt, darzustellen. Wir sollten nicht vergessen, dass wir, als die Araber die Arbeiterpartei unterstützten, gemeinsam mit Shas 67 Mandate erhielten und eine

■ 1992 unterzeichneten die arabischen Parteien eine Vereinbarung mit der Arbeiterpartei, die Rabin-Koalition von außen zu unterstützen. Es war dies das erste Mal, dass diese Parteien eine Vereinbarung mit der Regierungskoalition getroffen hatten und Teil der Unterstützung für die Regierung waren, wenn auch nicht formell Teil der Koalition.

solide Koalition zusammenstellen konnten. Die Rückkehr zum Verhältniswahlssystem wird den jüdisch-arabischen Beziehungen schaden, und ich hege keinen Zweifel, dass sich der Partikularismus unter den Arabern in Folge dieser Veränderung nur verstärken wird. Ich sehe einen Bruch zwischen den zionistischen politischen Parteien und dem arabischen Sektor voraus, da diese Parteien mit dieser Bevölkerung keine Chance haben.

Die geringe Wahlbeteiligung des arabischen Sektors vom Jahr 2000 war meiner Meinung nach außergewöhnlich und nicht typisch. Die heutige Situation ist jedoch noch problematischer, weil die Araber ihren Ort nicht in den zionistischen Parteien finden. Ich habe dies den arabischen Mitgliedern der Arbeiterpartei gesagt, die für eine Veränderung des Wahlsystems stimmten. Damit die Arbeiterpartei die Stimmen für ein Viertelmandat oder halbes Mandat im arabischen Sektor hinzugewinnen kann, bedarf es großer Investitionen. Mit anderen Worten: Die Mehrheit des arabischen Sektors wird für die arabischen Parteien stimmen, und das wird die partikularen Trennungen verstärken.

■ Die mäßigende Wirkung des Systems der zwei Stimmzettel

■ Das System mit zwei Stimmzetteln hatte eine Reihe von Vorteilen. Es zwang die Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, eine politische Position der Mitte zu präsentieren. So nahm Netanyahu zum Beispiel bei seiner Kandidatur den Oslo-Prozess an, um gewählt zu werden.

Das System mit zwei Stimmzetteln hatte eine Reihe von Vorteilen. Dieses System zwang die Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, eine politische Position der Mitte zu präsentieren. So nahm Netanyahu zum Beispiel bei seiner Kandidatur den Oslo-Prozess an, um gewählt zu werden. Unter diesem System musste er sich große Mühe geben, um Legitimation auf dem linken Flügel zu gewinnen – er ging in die Kibbuzim, er sprach mit politisch linksgerichteten Reportern – weil er wusste, dass er, wenn er unter diesem System gewählt werden wollte, jene benötigte, die in seinen Augen gegen ihn gewesen waren.

Nach der Abschaffung der direkten Wahlen nahm Netanyahu eine Kurskorrektur vor und wird nun mit Wahlslogans wie „Zerstört Arafat und zerstört die Palästinensische Autonomiebehörde“ antreten, im Gegensatz zu friedlichen Wahlkampfparolen, da er deutlich und entschieden als politisch rechts stehend

gesehen werden muss. Dies traf auch auf Sharon zu, der durch eine Direktwahl mit dem Slogan „Nur Sharon bringt Frieden“ gewählt wurde. Der Begriff „Sicherheit“ tauchte nicht auf, da er ein Kandidat der Mitte sein wollte. Im Verhältniswahlsystem müssen die Kandidaten nicht der Mitte angehören, da die Partei auf alle Fälle die Stimmen erhält. Der Parteiführer muss innerhalb seines oder ihres Stammes gewählt werden. Die Tatsache, dass sich Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten als politisch in der Mitte stehend präsentieren mussten, selbst wenn sie selbst nicht an diesen Weg glaubten, reduzierte den Extremismus im politischen System.

Die Möglichkeiten zum Interessensausgleich waren im System mit zwei Stimmzetteln weitaus größer. Es ist eine Tatsache, dass die Regierung, die 1999 gebildet wurde, fast alle Parteien umspannte und eine unglaubliche Gelegenheit zur Eingliederung von Einwanderern, Ultraorthodoxen, den Rechten und den Säkularen bot – eine Gelegenheit, die durch schlechtes Management verspielt wurde.

Heute befindet sich die Arbeiterpartei in einer Regierung der nationalen Einheit. Ihr Problem ist ihre tatsächliche, augenblickliche Relevanz in den Augen der Öffentlichkeit. Wenn die Arbeiterpartei ihre Bedeutung in der Koalition, d.h. in der Regierung der nationalen Einheit verliert, werden die Wähler fragen, warum sie für sie stimmen sollen und nicht direkt für Sharon. Ich befürworte nicht die sofortige Aufkündigung der Regierungsvereinbarung, doch die Arbeiterpartei sollte ihre politische, soziale und wirtschaftliche Identität nicht verlieren. Wenn die Partei keine alternativen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ideen anbieten kann, ist ihre Existenz bedroht.

Der Text wurde von Andrea Haftel aus dem Englischen übersetzt.